

37. Jahrgang

Pour tous renseignements, s'adresser à M. le
Précepteur ou à Mme la Directrice dont les bureaux
sont au lycée (Holztorschule).

Freund und Schwiegersohn Scheidemann
dem großen Vertragsmandatar (war ein Ver-
treter des Herrn Bismarck eine große Rolle. Er
sah sich um Herrn Bismarck, der Königsleiblich als Kind-
verkauft und Rillvargenwinne traf-e. Nachrall
er eine Photographie, aus der er und H. Scheid-

Genug über diesen „größten Skandal der Revolution“. Die rechtschreitenden Parteien haben beschloffen, jedesmal den Sängersaal des Reichstages zu verlassen, wenn Schiedmann spricht. Eine Anzahl von Mitgliedern der Nationalversammlung haben gegen Scharf Anzeige wegen Hochverrats erstattet. Die sozialdemokratische Presse tut, als ob sie von der ganzen Sache nichts wüßte. Klarheit und Wahrheit muß geschaffen werden. Das deutsche Volk soll erkennen, in welchen Händen es geraten ist. Ein Untersuchungsausschuß, der sich mit der Revolution und ihren Thätern befaßt, wäre unserer Anstellung nach unbedingt notwendig. Die Genuß- und Betrüger müssen dem deutschen Volke in Lebensgröße vorgeführt werden. Wie sagte der antirische Bauernführer beim vor kurzem? Die Arbeit ist den monarchischen Gedanken befeindet sich in den besten Händen, man dürfe diese Vorarbeiter der Monarchie nur nicht in ihren Irthümern hören. Die Auffassung erwähnt sich von Tag zu Tag mehr.

mx. Berlin, 10. Dez. Im verstärkten Unter-
such der preussischen Landesverhältnisse
und gegen die Frage der Schulverlängerung
zu sprechen. Ein Zentrumsmember führte aus, wenn
die Mehrheit des Ausschusses die Geiseln davon
entlassen sollte, müßte das Zentrum auf die
konsequenzen hinweisen, die ein solches Verhalten
für Mehrheitsparteien hervorzuziehen würde. Eine
frühere Haltung müßte die Auflösung der Re-
gierungsmehrheit zur Folge haben. Die Redner
verschiedenen Parteien erklärten hienau, daß
sie zunächst die Frage in ihren Fraktionen zu
sprache bringen müßten. Deßwegen gab der
erstreiter der Sozialregierung die Erklärung ab,
daß auch diese zur veränderten Lage Stellung
nehmen müßte.

Berlin, 10. Dec. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde die zweite Beratung des Aufstellungssatzes beim Kapitel noch zu Ende fortgesetzt.

Als erster Redner sprach der Abg. Dr. Paulscher. Gleich zu Beginn seiner Rede, als die ethische Bedeutung des Christentums auch in unser hochschulisches hervorhob, traten Anzeichen für die gespannte Atmosphäre, die der preussischen Landesversammlung herrscht, hervor. Es kam zu lebhaften Kontroversen zwischen dem Redner und sozialdemokratischen Mitstreitern, die ihren diskussionsfeindlichen Standpunkt dem Redner gegenüber zum Ausdruck brachten. Dr. Paulscher wies diese Lärme schlüssig ab und unter dem lebhaften Beifall des Zentrums zu Ende. Er schloß in seiner Rede im weitestmöglichen Ausmaß ab:

Wenn Deutschlands Ansehen in der Welt so
schwächen ist, so verdankt es das zum aller-
größten Teil gerade den Unversirten, die auch im
Stunde des Unfalls ihrer Verantwortuna voll-
ständig waren. In dem völligen Zusammenbruch
des nicht unter Säulen und Insidelen
hochschultrien, die Schuld, sondern lediglich
sittliche Niedergang. (Sehr richtig! im Zen-
trum. Widerspruch sinkt.) Das Christentum hat
sich, wie es so vielfach bezeugt wird, verkehrt
überhaupt bei den Sozialdemokraten. Die Ab-
kehr an das Christentum, an die christliche
Schauung ist die Ursache des Zusammenbruchs
seiner. (Sehr wahr, im Zentrum.) Das Christen-
tum hat längst den Religionsnachweis für seine
Ungültigkeit erbracht. Der Sozialismus dagegen hat
sich noch nicht ertan. Eine Mädelkiste, eine Dis-
kussion des Protestantismus, ist auch unvereinbar mit
dem Sozialismus. Unser Volk braucht Selbst-
bestimmung und Eingabe. Eine solche Bestimmung
r. das beweist schon die Geschichte, nurzeit nichts
in einer materialistischen Anschauung. Die
ein Dilemma sein und von diesem Dilemma
Erfüllung oder selbstlichen Wankes erwartet.
Ist wahr, im Zentrum.) Es ist nicht zu len-
ken, doch gerade der Weg des schicksalhaften Geschehens
dornenlos ist, und die deutsche Nation, eine
kühnliche Lebensstellung im akademischen
sein sich zu erinnern, ist der Grund dafür, doch
eine Konfession in der akademischen Laufbahn
länger als andere vertreten ist.

Die Universität hat Kulturarbeit zu leisten und
 anders die Aufgaben der christlichen Welt-
 zung in Leben und zu leisten. Es ist nicht
 zweifelhaft, daß unsere Universitäten etwas
 Fremdes, Leben fremde annehmen sind.
 Sie steht aber in der Mitte der Dinge und
 man heute einen Kontakt zwischen Hoch-
 schule und Volk schaffen will, so darf man nach dieser
 Richtung hin nicht allzu sehr die Grenzen
 ziehen. Der Einfluss auf den Fortschritt der Wissenschaft
 ist nicht nicht populär. Es ist
 dazu vor allen Dingen formale Dinge des
 Lebens.

vor hundert Jahren hatte man eine besondere akademische Prüfungskommission für Richtstudirenden eingerichtet, allerdings ist dieser Versuch nach zehn Jahren aufgegeben worden; ich empfehle die Wiederannahme dieses Versuches. Den Vortheil des Unterhaltungspreises beder, die Schaffung einer besonderen Fakultät für allgemeine menschliche Bildung, beachte ich. Die Anregung, unter solchen großen Vorlesungen in kleinere zu vertheilen, halte ich für geboten. Allerdings wird damit auch eine Vermehrung der Lehrkräfte verbunden sein. Ob das jetzt allerdings möglich ist, steht noch sehr dahin.

Berlin, 9. Dz. (Eigener Bericht.) Heute kam es in der deutschen Nationalversammlung zu einem gewaltigen Proteststurm. Um die Ruhe wieder herzustellen, mußte die Sitzung unterbrochen werden. Der deutsch-nationale Abgeordnete Eugen Berger polemisierte scharf gegen die Linke und gegen Erzberger. Von allen Seiten wurde ihm entgegengerufen: „Landesverräter, Landesverräter!“. Darauf erwiderte der deutsch-nationale Abgeordnete, daß Erzberger in allen seinen Taten ein Landesverräter sei. Die Frage ist, daß angedacht, auf welche politische Richtung bisher der Vorwurf des Hochverrats oder Landesverrats nicht angewandt worden ist. Es scheint, daß mit diesem Wort allmählich der erste Umsitz geschrieben wird, wie früher mit dem Worte National

nz. Berlin 10. Dez. Der Minister für Volks-
schulität, Stegerwald, legte gestern Abend
unsern Lesern in einem ansehnlichen Bellsche
Kilometer sein Programm dar. Nachdem er
auf die Wichtigkeit der Debung unserer zusammen-
brochenen Volkstraft hingewiesen hatte, sagte
er u. a.: Die Neuordnung des Rekrutinalwesens,
die Verbesserung der ärztlichen Ausbildung, die
Schaffung des Hebammergesetzes, eine Neuord-
nung der Disziplin in den Krankenhäusern und
Krankenträumen, die Befähigung der dringenden
Bühnennot sind vornehmste Aufgaben zur Pflege
und Stärkung der Volksgesundheit. Auf dem Ge-
biet der Jugendpflege wollen wir selbstständig
die beste Erziehungsmethode, die in der Na-
tur liegt, nützlich einbringen. Das verantwor-
tungsgewisse in der Familie soll vielmehr durch
eine Arbeit gefördert werden. Wir rufen die Frau
zur Mitarbeit an der Jugendpflege auf. Durch die
Errichtung von sozialen Frauenkassen, Wohl-
thätigkeitsvereinen und Frauenvereinen wollen wir
sich kümmern, die positiven Kräfte in der Frauen-
welt in der Ausbildung und Berufung von Ge-
sundheitskräften, Gemeindefürsorgern, Fürsorge-
rinnen, Jugendpflegerinnen und Waisenspflegerin-
nen zu gewinnen.

[illegible]

Berlin, 9. Dez. In der Preussischen Rationierungskommission ersuchte ein Abgeordneter die Regierung, zur Feststellung der drohenden Verfallung der akademischen Kurse mit tunc- oder Beschleunigung eine Unio-rsitätsreform vorarbeiten zu lassen, aus der die augenblickliche Zahl der reichsdeutschen Studenten an den deutschen Fakultäten der preussischen Universitäten ersichtlich ist, er hat um das gleiche Veran an den übrigen deutschen Universitäten. Es ist eine Uebersättigung der akademischen Kurse, namentlich des Studiums der Philosophie und Nationalökonomie, eingetreten, die geradezu verhängnisvolle Wirkungen haben kann. Die Zahl studierenden Philosophen betrug im Wintersemester 1916/17 10 000, im Wintersemester 1917/18 hätte man sie auf 15 000 und jetzt sogar auf 20 000. Es wäre danach der Bedarf an Lehramtslehrern schon für zwölf Jahre vollkommen deckt. An eine Neuschäpfung von Dozenten ist aber absolut nicht zu denken, im Gegenseit und eine große Anzahl durch unsere Kriege verloren gegangen.

Berlin, 10. Dez. In der Begründung des
des gegen Marias heißt es u. a.:
Die Erziehung ist objektiv unersch.
t. Es fragt sich, wie weit der Angeklagte durch
seiner Vergehen geduldet ist. Für das Ge-
ist maßgebend, nicht was tatsächlich befohlen,
sondern was dem Angeklagten tatsächlich übermit-

felt worden ist. Das Gericht ist der Ansicht, daß ein Dankschreiben vorlag. Es fragt sich, wie der Angeklagte den Brief ausgeliefert hat. Hier muß man sich in die Lage versetzen, in der sich damals die Führer der kleinen Schaar befand. Es war die Zeit der schwersten Unruhen in Berlin. Es kommt hinzu, daß der Angeklagte der Ansicht sein konnte, daß die Regierung ein Interesse an schriftlicher Unterbreitung der Unruhen hatte. Es war dem Angeklagten nicht der Gegenbeweis zu führen, daß er aus anderen Motiven als denen des überbrachten Befehls gehandelt hat. Und da dieser Gegenbeweis nicht geführt wurde, mußte angenommen werden, daß der Angeklagte glaubte, einen Befehl auszuführen. Der Angeklagte war daher von der Auflage des Entschlages freizusprechen. Der untersten Gefährdung machte er sich strafbar. Das Gericht ist aber der Uebersetzung, daß es dazu gebrängt wurde, und hielt deshalb die niedrigste Strafe für ausreichend. Wegen des Gebrauchs solcher Urkunden und Pässe mußte Verurteilung eintreten.

1. mz. Berlin, 10. Dez. Der Erste Staatsanwaltschaft beim Landgericht 1 teilt mit, daß der Untersuchungsrichter beim Landgericht 1 gemäß Antrag gegen Hauptmann v. Kessel einen Haftbefehl wegen Raubmords, Urkundenfälschung und Erpressung nach dem Preuss. Strafgesetzbuch erlassen hat und Hauptmann v. Kessel heute in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde.

Berlin, 10. Dez. Der Demokrat-Universitäts-Professor Dr. Abderhalden hat sein Abgeordnetenmandat zur Preussischen Landesversammlung niedergelegt, weil er enttäuscht ist über die Unfruchtbarkeit der Volksvertretung und Erfolge allenfalls von einer auf berufstätigem Rätebismarck aufgebauten Volksvertretung erwartet.

Hamburg, 10. Ds. Eine Versammlung der Arbeiter der Vulkanwerke in Hamburg nahm die Wiedereinstellungsbedingungen der Wert noch strenger Ausbreche an. Danach werden 509 Arbeiter von etwa 4500 nicht wieder eingestellt. Den wiedereinstellenden Arbeitern will die Beitz für die Dauer der Ausberrung eine Fortbildung freiwillig gewähren. Die Arbeiter mußten eine von der Verteilung aufgestellte Arbeitsordnung anerkennen. Die Arbeit soll vom Mittwoch an nach und nach wieder aufgenommen werden.

Dortmund, 10. Dez. Die Obleute der Dortmunder Union, von Goeth und Vöhrer erklärten sich bereit, zwecks Befestigung der Kohlennot den Arbeitern die Annahme von Ueber-schichten warm zu empfehlen, falls ihnen die Kontrolle der durch die Ueber-schichten geförderten Kohle eingeräumt und den Arbeitern ein angemessener Lohnzuschlag gewährt wird.

vor ein Antre Trimborn und Genossen (Rentr.)
auf Erlass eines Urtheils über Steuernachschuß vor.
Steuerkridenberger sollen von der Strafe und von
Verpflichtung der Nachzahlung der hinterzoge-
nen Steuern befreit werden, wenn sie aus eigenem
Antriebe numme'r ihr Vermögen oder Einkommen
Nichtgemä'ß richtig ansetzen.

Die auswärtigen Angelegenheiten wissen wir, erobert haben vollkommen Übereinstimmung zwischen den Ansichten der Regierung und denen der Parlamentarier. Die Stellungnahme der deutschen Regierung in der Frage der Ablieferung der 400 000 neuen Werkmaterial wurde gutgeheißen. Ein ausfassender unter Leitung des Geh. Rat Simson alle nach Paris entsandt werden, um der Entente in Bezug eines genauen Verzeichnisses des in unserem Besitz befindlichen Materials die Unmöglichkeit der Erfüllung ihrer Forderungen darzulegen. Am 19. Dez. im Reichstag eine Resolution, die eine solche Sammlung wurde in der heutige Sitzung ein Antrag des Reichstages und der Reichsanstalten angenommen, durch den eine Trennung zwischen den Fabriken und Handwerken der deutschen Reich. Weiter wurde ein Selbstmordanschlag. Antagonismus Forderung in den Bestimmungen über die Erbschaft der Reichsbesitztümer getroffen, die die Nachschub auf dreifach erhöht.

erhaltene Reliquienunterrichte in den Schulen Ham-
 ras. Wahlreifeit für Lehrer und Schüler, wieder
 geführt.

Paris, 10. Dez. Die amerikanischen Dele-
gation zur Friedenskonferenz soll, wie be-
kannt, bis heute nicht abgereist ist. Die
Amerikaner sind heute Mittag 11 Uhr in Paris
angekommen und haben sich sofort an Bord eines
amerikanischen Dampfers nach den Vereinigten
Staaten eingeschifft.

zu Berlin 11. Der Gekerkte nach wurde dem Postamt am Anhalter Bahnhof ein Raubfall verurtheilt. Der Postfahrer Paul Göbel traf mit dem arbeitslosen Schloßer Fritz Delling an einem noch unbekannten dritten Verbrecher an, um eine Verteidigung, die vom Postamt in einem Postwagen verlesen werden sollte, zu erlangen. Sie hatten zwei Miltärdausschüsse gegeben, die anschließend auf den Plan eingingen, aber der Polizei verrathen. Dadurch gelang es den Verbrechern auf frischer Tat zu fassen, sie sich mit Waffen wehrten, schossen die Milizbeamten und verletzten Göbel durch einen Schuß. Daraus konnten sie sich entfernen. Die Schmiere stand, wurde von anderen Verurtheilten gekostet. Den Miltärdausschüssen hatten die Verbrecher je 16000 Mark Belohnung gegeben.

